

DEUTSCHE POLITIK

ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM HERBST 1964

Die Kommunalwahlen des letzten September- und letzten Oktobersonntags waren für die Parteien der Bonner Koalition ein schwerer Schock. Die 2 vH Stimmenanteil, welche die CDU in Nordrhein-Westfalen gegenüber der entsprechenden Wahl von 1960 einbüßte, wären von ihr zu verschmerzen gewesen, hätte nicht gleichzeitig der Anteil der Sozialdemokraten um 6 vH angezogen und diese mit 46,6 vH in Führung gebracht, um dreieinhalb Punkte vor der CDU. Die Sozialdemokraten schafften erstaunliche Positionsverbesserungen um 10 und mehr vH auf der Anteilsskala in Städten wie Köln und Düsseldorf, ja sogar in Bonn und Münster. Die Niederlage der CDU war um so empfindlicher, als diese ihren Wahlkampf unter der Parole des Sturms auf die roten Rathäuser geführt hatte. Schlimmer, als aus dem Rückgang des prozentualen Anteils (von 10,2 auf 8,0) abzulesen, war das Ergebnis für die Freien Demokraten, deren — vorwiegend von ihrem Parteifreund, dem Innenminister *Weyer*, entfachte — Bemühungen um eine Profilierung gegenüber der CDU von den Wählern nicht honoriert wurden. Sie gerieten besonders in einigen Großstädten unter die Fünf-Prozent-Grenze und blieben in den betreffenden Stadtparlamenten zum erstenmal seit 1945 ohne Vertretung.

Rückwirkungen aus Bonn

Natürlich war es abwegig, wenn der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende *Dufhues* die Niederlage seiner Partei u. a. auf die (um 2 vH) geringere Wahlbeteiligung zurückführen wollte. Richtig aber war, wenn er zugleich von den Bonner Koalitionsstreitigkeiten sprach. Das Bild der Uneinigkeit und Untätigkeit der CDU/CSU/FDP-Koalition im Bund vor dem Hintergrund der gut funktionierenden nordrheinwestfälischen Kommunalverwaltungen in SPD-Hand war es, was offensichtlich die Entscheidung der Wähler so maßgebend beeinflußt hat. Der Einsatz der Bonner Prominenz von CDU und FDP im Wahlkampf hat daran nichts ändern können. Sogar die Wahllokomotive *Erhard* zog nicht.

Ein Trostpflaster auf die Wunde der nordrheinwestfälischen Niederlage war für die CDU der Umstand, daß sie bei den am gleichen Tage in Niedersachsen abgehaltenen Kommunalwahlen eine Verbesserung ihres Stimmanteils gegenüber 1961 um mehr als 9 vH

erzielte. Aber auch die Sozialdemokraten verbesserten ihren Anteil nicht unbedeutend, so daß sie in Niedersachsen immer noch mit fast sechs Punkten vor der CDU liegen. Zudem ist der niedersächsische CDU-Gewinn nicht neueren Datums. Er besagt lediglich, daß die CDU im großen und ganzen den Stand halten konnte, den sie bereits bei der Landtagswahl im Mai 1963 dank dem Zusammenbruch der Deutschen Partei hatte erreichen können. In den meisten Fällen sind die kommunalen DP-Vertreter zur CDU übergetreten und als solche wiedergewählt worden. Addiert man die Prozentzahlen von CDU und DP bei den Kommunalwahlen 1961, so kommt man fast genau auf den von der CDU am 27. September 1964 erreichten Prozentsatz, während die SPD, wohl vorwiegend dank Zuflüssen aus dem ehemaligen BHE-Reservoir, eine Verbesserung um 4,4 vH aufweisen kann.

Fortsetzung vier Wochen später

Dieser Trend der Kommunalwahlen wurde vier Wochen später in drei weiteren Ländern der Bundesrepublik bestätigt. In ihrer traditionellen Domäne Hessen nahmen die Sozialdemokraten noch 3 bis 4 vH zu und gewannen eindeutig die absolute Mehrheit (51,7 vH bei den Wahlen zu den Kreistagen und kreisfreien Städten, 52,9 vH bei den Gemeindewahlen). Geringere Gewinne erzielte auch die CDU, erreichte aber immer noch kein Drittel der Stimmen (31 vH). Einbußen mußten der BHE und die freien Wählergemeinschaften hinnehmen. Das gilt auch für Rheinland-Pfalz und das Saargebiet.

Nach Nordrhein-Westfalen stellt das Ergebnis in Rheinland-Pfalz die stärkste Enttäuschung für die CDU dar. In diesem Land, in dem sie einst über die absolute Mehrheit verfügte, ging ihr Anteil von 45,3 auf 43,7 vH zurück und lag damit nur noch ganz knapp über dem der SPD (42,9 vH), die dort von Wahl zu Wahl ansteigende Wählerzahlen aufweist. Auch die Freien Demokraten erlitten dort beträchtliche Einbußen; sie verloren nicht nur an Stimmenanteil, sondern auch absolut an Stimmen gegenüber der Wahl von 1960.

Einen wahren Triumph feierte die SPD im Saarland, wo sie mit einer Anteilsverbesserung von über 9 vH an der früher weit vorn liegenden CDU vorbeiziehen konnte und zum erstenmal seit dem Kriege stärkste Partei wurde (36,9 gegen 35,2 vH der CDU). Die sozialdemokratischen Gewinne stammen dort nur zum kleineren Teil aus den Einbußen der FDP und SVP/CVP, sondern vorwiegend aus den Neuwählerschichten und der stärkeren Wahlbeteiligung. Die SPD-Gewinne in Saarbrücken, Neunkirchen und Völklingen lagen

noch erheblich über dem Landesdurchschnitt, aber auch in kleinen Dörfern erzielten die Sozialdemokraten zum Teil sensationelle Erfolge.

SPD-Reserven auch in den Städten

Die Wahlen von Ende September und Ende Oktober haben reichlich 60 vH aller Wahlberechtigten der Bundesrepublik umfaßt und den Sozialdemokraten 1,1 Millionen Stimmen mehr als der CDU oder fast soviel Stimmen wie der CDU und der FDP zusammen eingebracht. Selbst in Ansehung der traditionellen CSU- und CDU-Mehrheiten in Bayern und Baden-Württemberg ist auf der Basis der obigen Zahlen im gesamten Bundesgebiet eine klare Mehrheit für die SPD zu errechnen. Gewiß besteht ein beträchtlicher Unterschied zwischen Kommunalwahlen und Bundestagswahlen, so daß Voraussagen für das nächste Jahr unangebracht sind. Was den Politikern der CDU/CSU und der FDP aber beträchtliche Sorgen macht, ist, daß vieles an den sozialdemokratischen Erfolgen den Charakter eines allgemeinen Trends („Genosse Trend“) zu haben scheint. Beunruhigend sind für die CDU die starken Einbrüche der Sozialdemokraten in ländliche, vorwiegend katholische Gebiete, die bisher unangreifbare CDU-Domänen zu sein schienen, zum andern aber auch die Tatsache, daß die SPD entgegen ihren bisherigen eigenen Vorstellungen selbst in ihren Domänen, den großen Städten, noch Reserven hat, die sie bis zu Stimmanteilen von 60 vH und darüber zu bringen imstande sind, wenn sie systematisch bearbeitet werden.

Der evidente Anstieg der SPD-Stimmen zusammen mit den Nachrichten über permanente Unzuträglichkeiten im Bonner Koalitionslager wirkt wiederum werbend bei denjenigen Bevölkerungskreisen, die im entscheidenden Augenblick in den Reihen der Erfolgreichen sein möchten. So kann die SPD-Führung berichten, daß die Neuanmeldungen von Mitgliedern in diesem Jahr um 50 vH höher liegen als in früheren Jahren. Auch Übertritte von bisher bei der CDU tätigen Funktionären zur SPD werden gemeldet. So stellte die hessische Organisation zwei bisher in den Sozialausschüssen der CDU tätige Politiker als zur SPD übergetreten vor; die beiden begründeten ihren Übertritt damit, sie hätten ihre sozialen Vorstellungen in den Reihen der CDU nicht durchsetzen können. Bei Abfassung dieses Berichts haben die Meinungsumfragen („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahlen wären?“) den bisher besten Stand für die SPD erbracht (49,3 vH), während auf die CDU/CSU nur noch 42,5 vH entfielen (FDP 8,2 vH).

Die Schwächen Erhards und seiner Freunde

Daß das Erstarken der Sozialdemokratie in erster Linie auf die immer wieder zutage tretenden Schwächen der Bonner Regierungskoalition zurückzuführen ist, kann kaum bestritten werden. Dazu kommt freilich auch eine Profilverstärkung der SPD, nicht zuletzt dank dem Auftreten ihres Fraktionsvorsitzenden *Erler*. Persönliche Gegnerschaft gegen Bundeskanzler Erhard und seinen Außenminister *Schröder*, Kritik an Richtung und Methode ihrer Politik verursachen immer wieder Uneinigkeit im Regierungslager. Man hat den Eindruck, daß zahlreiche CDU- und CSU-Politiker Erhard zwar als Lokomotive für den Bundestagswahlkampf behalten, als Kanzler aber möglichst bald loswerden möchten. Daß dies ein unlösbares Dilemma ist, liegt zwar auf der Hand. Trotzdem gehen in Zeitungsinterviews immer wieder die Temperamentspferde durch, auch wenn der Fraktionsvorsitzende *Barzel* erklärt, wer künftig Meinungsverschiedenheiten in die Öffentlichkeit trage, werde aus dem Kreis der entscheidenden Führungspersönlichkeiten der Partei ausgeschlossen.

Am allerwenigsten ist der 88jährige Parteivorsitzende und Altbundeskanzler frei von solchen Temperamentsausbrüchen, scheint doch die Entwicklung der Bundespolitik ihm zu bestätigen, wie berechtigt in der Debatte über die Kanzlernachfolge seine Warnungen vor dem mangelnden politischen Talent Erhards waren. *Adenauer* wirft Erhard und *Schröder* vor, daß sie sein Werk der deutsch-französischen Aussöhnung zerstörten. Aus diesem Grunde stützt und fördert er *Franz Josef Strauß*, den er „eine eminente politische Begabung“ nennt und für fähig hält, seine, *Adenauers*, Politik fortzusetzen. Hinzu kommen die Meinungsverschiedenheiten mit der FDP, die besonders im nordrheinwestfälischen Wahlkampf hochgespielt wurden.

Der Schreck über die Wahlergebnisse hat CDU- wie FDP-Politiker mit der Einsicht erfüllt, daß der spektakuläre Streit zwischen ihnen aufhören müsse. Aber mehr als ein Liebesmahl ist dabei nicht herausgekommen. Nach wie vor hat jede der Parteien der anderen die Schuld und die Verantwortung zugeschoben. Und es gab immer wieder genug Sprengstoff, der die guten Vorsätze vergessen ließ. Den Parteichef *Adenauer* selbst konnte die obligate Altersweisheit nicht davor bewahren, dem Boulevardblatt *Bild am Sonntag* ein Interview mit heftigen Angriffen auf *Schröder* und *Erhard* zu geben. Mit der farblosen Formel, er habe die Absicht, „auch künftig die Politik der Regierung zu unterstützen“, entging er einem Tadelsantrag, den die über seine neueste Disziplinlosigkeit er-

bosten Parteifreunde hatten einbringen wollen.

Die Ambitionen des Herrn Strauß

Man hat Adenauer gelegentlich unterstellt, er wolle bei den Bundestagswahlen einen absoluten CSU-Sieg in Bayern und nehme dafür eine CDU-Niederlage im übrigen Bundesgebiet in Kauf. In der Tat hat sich der CSU-Vorsitzende Strauß als der konsequenteste und ausdauerndste Gegner Erhards erwiesen. Nachdem im Juli der Direktangriff auf Erhard während dessen Dänemark-Besuch gescheitert war, hat es Anfang September neue heftige Angriffe gegen Erhard, Schröder und deren Politik in dem von Strauß herausgegebenen *Bayern-Kurier* gegeben. Sie waren freilich ausgelöst durch einen Satz, den sich der verärgerte Bundeskanzler in einem Fernsehinterview hatte entschlüpfen lassen: „Ich werde nicht dulden, daß unter dem Feigenblatt einer angeblich konservativen Politik ein neuer Nationalismus bayerischer Provenienz entwickelt wird.“ Das war eine deutliche Anspielung auf die Rolle, die Bayern in der Frühzeit des Nationalsozialismus gespielt hat, außerdem auf die Tatsache, daß Strauß seit einer geraumen Weile mit stark rechts gerichteten Vertriebenen-Politikern sudetendeutscher Herkunft Absprachen trifft. Trotzdem wich Erhard vor dem empörten Echo aus München zurück und erklärte beschwichtigend, man habe seinen Worten eine Deutung gegeben, die von ihm nicht beabsichtigt gewesen sei. Inzwischen ist das Bündnis von Strauß mit den Vertriebenenpolitikern durch ein Abkommen gefestigt worden, welches fünf ehemaligen BHE-Größen — unter ihnen dem besonders radikal eingestellten Dr. *Becher* — zwei Direktmandate und drei sichere Plätze auf der CSU-Landesliste für den Bundestag zusichert.

Franz Josef Strauß hat an dem Liebesmahl mit der FDP im Palais Schaumburg nicht teilgenommen — mit einer ziemlich faden-scheinigen Ausrede —, und auch keinen Vertreter für seine Partei geschickt. Der Versöhnung im November entging er, indem er kurz zuvor eine Ostasienreise antrat. Auf Wahlkundgebungen in Rheinland-Pfalz hat er recht deutlich die Absicht ausgesprochen, Prof. Erhard auch während des Wahljahres an die Kandare zu nehmen. Die Regierungsparteien und ihre Vorsitzenden müßten, so sagte er, gemeinsam mit dem Bundeskanzler die Grundlinien der Politik erarbeiten und dürften sich nicht auf „Instinkte und Gedanken des Kanzlers“ verlassen. Die Parteivorsitzenden seien geradezu verpflichtet, das zu überprüfen, was Strauß wenig schmeichelhaft die „Denkansätze des Kanzlers“ nannte.

In der Zwischenzeit hat Franz Josef Strauß in der Öffentlichkeit wieder einmal

böses Blut gemacht. Er sollte in einem Ermittlungsverfahren der Bonner Staatsanwaltschaft wegen Freiheitsberaubung im Amte vernommen werden, das gegen ihn wegen seiner Mitwirkung bei der Verhaftung des *Spiegel*-Redakteurs *Conrad Ahlers* in Spanien eingeleitet worden ist. Obwohl die Immunität von Strauß als Abgeordneter für diese Sache aufgehoben worden ist, hat er es drei- oder viermal abgelehnt, der Vorladung der Staatsanwaltschaft zu einer Vernehmung zu folgen. Erst als der nordrheinwestfälische Justizminister *Straeter* (CDU) sich einschaltete und die Sache publik wurde, hat sich Strauß unter dem Druck der öffentlichen Meinung der Vernehmung gestellt. Seine Weigerung war ihm bis in die Reihen der CDU hinein als neuer Beweis für sein gespanntes Verhältnis zum Rechtsstaat ausgelegt worden.

Gerstenmaier schaltet sich ein

Die Differenzen in der CDU/CSU gehen aber weit über die Kontroversen zwischen der Gruppe Adenauer/Strauß und der Gruppe Erhard/Schröder hinaus. Anfang November hat sich auch noch der Bundestagspräsident *Gerstenmaier* eingeschaltet, indem er in einem Interview mit der *Bild-Zeitung* mehr oder weniger versteckte Vorwürfe gegen Außenminister Schröder erhob und dabei offenbar auch Erhard treffen wollte. Sein Interview wurde in politischen Kreisen als der Versuch angesehen, sich als künftiger Bundeskanzler einer großen Koalition zu empfehlen.

Am 11. November verabschiedete schließlich der Bundestagsfraktionsvorstand der CDU/CSU eine Erklärung, die einen Schlußstrich unter die internen Auseinandersetzungen ziehen soll. Darin werden die außenpolitischen Grundlinien der Regierung gebilligt. Gleichzeitig heißt es: „Der Parteivorsitzende Adenauer erklärte, daß er mit seiner ganzen Kraft sich bemühen werde, dem Bundeskanzler und der Bundesregierung seine volle Unterstützung zu geben. Er freue sich, daß er mit Bundeskanzler Erhard, wie sich gerade in den letzten Tagen gezeigt habe, in der Beurteilung politischer Fragen übereinstimme.“ Freilich muß hier erwähnt werden, daß dieses Kommuniqué erst zustande kam, nachdem Adenauer anlässlich seiner Aufnahme in das Institut Français in Paris zwei Unterredungen mit Präsident *de Gaulle* hatte, in denen er, wie es in der Verlautbarung heißt, Gelegenheit hatte, „die Politik der Bundesregierung wirksam zu interpretieren und zu unterstützen“.

Der nachfolgende Passus, daß der Bundeskanzler und sein Vorgänger noch häufiger als bisher zu gemeinsamen Beratungen zusammentreffen würden, hat allerdings in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, Adenauer werde in Zukunft die Rolle eines Sonderberaters oder

politischen Nachhilfelehrers beim Bundeskanzler spielen, was weder Erhards Prestige zu mehren noch neuen Streit auszuschließen geeignet ist. Wenn Erhard den hart attackierten Außenminister Schröder halten konnte, so wohl vorwiegend deshalb, weil die FDP durchblicken ließ, sie werde bei einer Ablösung Schröders die Koalition verlassen.

Die Schwäche Erhards zeigte sich besonders deutlich, als die Sozialdemokraten im Bundestag an die Regierung vierzehn Fragen zu der Adenauer/de Gaulle-Begegnung und zu den sich widersprechenden außenpolitischen Erklärungen prominenter CDU/CSU-Politiker richteten. Obwohl diese Fragen fristgerecht eingebracht waren, lehnte Erhard beim erstmaligen die Beantwortung mit der Begründung ab, er habe sich aus Zeitmangel nicht genügend vorbereiten können. Das wurde ihm auch von den Freien Demokraten übel genommen, die meinten, es müsse einen schlechten Eindruck machen, wenn der Kanzler sich außerstande erkläre, die Richtlinien seiner Politik aus dem Stegreif vorzutragen. Aber auch zwei Tage später gab Erhard die Antworten auf die meisten Fragen nicht selbst, sondern überließ diese Arbeit seinem Außenminister.

Wahrücksichten und Volksmeinung

Gewisse, schon auf die Wahlen berechnete Beschlüsse der Bundesregierung werden von großen Teilen der Bevölkerung nur als Beweise einer unbeständigen Zick-Zack-Politik angesehen, so die partielle Rückgängigmachung der zum 1. August mit großem Aufwand durchgeführten Erhöhung der Telefongebühren, die offenbar durch eine starke Konsumeinschränkung der Bevölkerung und den damit zusammenhängenden beträchtlichen Einnahmerückgang erzwungen worden ist. Man schätzt die Unkosten des Telefongebühren-Hin- und-Hers auf 20 Mill. DM. Auch das Echo der Bevölkerung auf die Verschiebung der Mietenfreigabe um zwei Jahre ist eher skeptisch. Man glaubt allgemein, daß diese Konzessionen die Wahlen, wenn sie von der CDU/CSU gewonnen würden, nicht lange überdauern werden.

Einen wenig geschmackvollen Versuch, sich die Volksgunst zu erhalten, gab es, als in Konrad Adenauers Wahlkreis ein Taxichauffeur ermordet wurde. Der CDU-Abgeordnete Kühn kündigte an, er werde beantragen, die Todesstrafe für Morde an Kindern und Taxichauffeuren einzuführen, und Adenauer unterstützte ihn dabei. Wie schon des öfteren in solchen Fällen flammte ein jähes Strohfeuer auf, das aber bald wieder in sich zusammenfiel und offenbar auch diesmal nicht zu den oft erörterten und in anderen Ländern eingeführten gesetzlichen Vorschriften zum Schutz der Taxichauffeure führen wird. Die Taxiunternehmer sind nicht gewillt,

die Kosten für den Einbau von Trennscheiben und automatischen Signalanlagen aufzubringen, und so bleibt es bei dem Schrei nach der Todesstrafe an offenen Gräbern. Erfreulich war nur, daß die Todesstrafeninitiative der Abgeordneten Adenauer und Kühn im größten Teil der Presse kein freundliches Echo fand, sondern daß unabhängig von der grundsätzlichen Einstellung zu diesem Problem gesagt wurde, dies sei kein Wahlkampfthema. Allgemein wurden zunächst einmal ausreichende Sicherungsvorkehrungen für die Taxifahrer verlangt.

Der Fall Heye

Nicht nur ein personales, sondern auch ein grundsätzliches Problem wurde mit dem Streit um den Wehrbeauftragten des Bundestages, Admiral a. D. Heye, heraufbeschworen. Heye hatte seine Flucht in die Öffentlichkeit einer illustrierten Zeitschrift, die ihm gerade aus den Reihen seiner CDU/CSU-Parteifreunde zum Vorwurf gemacht wurde, damit begründet, daß sein letzter Jahresbericht an den Bundestag vom Parlament nicht beachtet worden sei. Heyes Gegner, besonders der Verteidigungsminister von Hassel und der mit häßlichen persönlichen Anwürfen operierende Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger, erreichten schließlich ihr Ziel, als Heye in Veröffentlichungen einem Berufsheer von 250 000 Mann den Vorzug vor einem auf der allgemeinen Wehrpflicht basierenden 500 000-Mann-Heer gab. Gesundheitlich den massiven Angriffen nicht gewachsen, resignierte Heye schließlich und erklärte seinen Rücktritt zum 31. März 1965; als er bei einem Spaziergang verunglückte, trat er mit sofortiger Wirkung zurück. Das gegen ihn betriebene Kesseltreiben hat, wie immer man auch seine Ansichten und sein Vorgehen beurteilen mag, zweierlei gezeigt: 1. Daß die Regierungsparteien der Institution des Wehrbeauftragten nicht das Gewicht des nordischen „ombudsman“ zugestehen, sondern ihn allenfalls als eine Art Beschwerdestelle für die Soldaten gelten lassen wollen, und 2. daß man Heye nicht das Recht zugestand, eine freie und unkonventionelle Meinung auf seinem Fachgebiet zu haben. Der Ausgang der Affäre Heye kann nur als ein schwerer Rückschlag in den Bemühungen um eine demokratische Armee bezeichnet werden. Der Streit darum, ob der Wehrbeauftragte in Zukunft ein Militär oder ein Jurist sein soll, ist unter diesem Aspekt völlig bedeutungslos.

Jagusch und die „Spiegel“-Affäre

Auch die Spiegel-Affäre fährt fort, die politische Situation in der Bundesrepublik zu beleuchten, und zwar nicht immer von der angenehmsten Seite. Nachdem endlich, offenbar im Hinblick auf das zweijährige Jubiläum

des Starts der Affäre, vom Bundesgerichtshof die Erhebung der Anklage mitgeteilt worden ist, hat der CDU-Abgeordnete *Güde* den für einen ehemaligen Generalbundesanwalt geradezu peinlichen Vorschlag gemacht, den Prozeß erst nach den Bundestagswahlen im nächsten Jahr stattfinden zu lassen. Noch mehr Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte aber ein mit *Judex* gezeichneter Artikel im *Spiegel*, in welchem, ausgehend von dem Fall *Ossietzky*, der § 100 des Strafgesetzbuches für unhaltbar erklärt wurde, weil er die im Rahmen der freien Meinungsäußerung durchgeführte Diskussion von Wehr- und anderen Staatsgeheimnisfragen auf die gleiche Stufe wie die schimpfliche Tat des Spions stelle.

Das Sensationellste an dem scharfsinnigen Artikel aber waren nicht einmal seine Gedankengänge, die auch schon von anderen vorgebracht worden sind, sondern die Person des Verfassers. Kaum war der Artikel erschienen, verkündete die *Süddeutsche Zeitung* in München, „*Judex*“ sei Senatspräsident *Jagusch*, der jahrelang Vorsitzender des

3. (politischen) Strafsenats des Bundesgerichtshofes gewesen ist. *Jagusch* bestritt seinem Chefpräsidenten gegenüber, den Artikel geschrieben oder veranlaßt zu haben, und dieser gab das Dementi an die Öffentlichkeit weiter. Der Verfasser der Information der *Süddeutschen Zeitung*, der bekannte Publizist und Jurist *Müller-Meinigen*, blieb bei seiner Behauptung. Zwei Tage darauf gab *Jagusch* zu, daß er der Verfasser nicht nur des „*Judex*“-Artikels, sondern auch eines bereits im September zum gleichen Thema im *Spiegel* erschienenen Aufsatzes sei, und bat um seine Versetzung in den Ruhestand. Der Fall ist um so aufregender, als *Jagusch* noch an den Anfangsermittlungen gegen den *Spiegel* beteiligt war und für seine frühere intransigente Haltung bekannt ist, die ihn sogar in schwere Auseinandersetzungen mit dem milder denkenden damaligen Generalbundesanwalt *Güde* gebracht hat. Leider besteht die Gefahr, daß die Angelegenheit vom Grundsätzlichen auf das disziplinarische Gleis geschoben wird.

Dr. Hans Henrich